Nummer 274 — 23. Jahrgang

6mal wöchtl. Bezugspreis: f. Novbr. 2 R.-M. ausschl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark. Preise: Die eingespaltene Petitzeile 30 ₰, f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 ₰. Die Petit-Reklamezeile 89 mm breit, 1 ℳ. Offertengebühr für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung d. d. Post außerdem Portozuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Donnerstag, 27. November 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutlich u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden.

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei Gmbh., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46, Fernruf 32722, Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46, Fernruf 32722 und 32658

Das europäische Nationalitätenproblem einst und jetzt

Von Dr. Eugen Lanske-Wien

(Nachdruck verboten.)

Zehn Jahre nach dem Kriegsausbruch beginnen die Erörterungen über die Kriegsschuldfrage von neuem zu wachsen. Zum Teile befaßten sich die Auseinandersetzungen mit dem unmittelbaren Kriegsanlaß; zum Teil griffen sie weiter zurück, wobei als Hauptmomente für die Kriegsursachen vor allem auf feindlicher Seite, hie und da auch auf neutraler, das handelspolitische Expansionsstreben Deutschlands, sowie das ungeklärte Nationalitätenproblem auf dem Balkan und innerhalb Oesterreich-Ungarns hingestellt wurde. Oesterreichs „Völkerzwingburg", „Völkerkerker" und dergleichen wurde verdächtigt, die Friedlosigkeit Europas, im Zusammenhange mit seiner antiserbischen Politik den Ausbruch des Krieges verursacht zu haben. Auf dem Gebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarn stehen sich heute Ukrainer und Polen, Magyaren und Rumänen, Magyaren und Serben, Tschechen und Magyaren, Polen und Tschechen, Serben und Italiener usw. kampfbereit gegenüber; vor der Verwirklichung des „Nationalitätenprinzips" war diese Kampfbereitschaft durch die Staatsautorität Oesterreich-Ungarns gebunden. Schon diese bloße Gegenüberstellung mag den Gedanken nahelegen, daß andere staatsbildende Prinzipien, als das rassenmäßige Nationalitätenprinzip, etwa diejenigen, die im Mittelalter oder im Altertum maßgebend waren, friedfertiger und kulturfreundlicher waren als der Grundsatz, der Staat und Nation zusammenwirft. Die Kritik an den heutigen Zuständen muß umso berechtigter erscheinen, da ja nicht einmal mit den neuen Grenzziehungen das Nationalitätenprinzip, wie es seine Verfechter verkündeten, konsequent durchgeführt wurde.

Es wäre für den Völkerbundsrat ein hochaktuelles Beratungsthema, ob und inwieweit das europäische Nationalitätenprinzip, für dessen Durchführung ja angeblich der Weltkrieg geführt wurde, dessentwegen und sogar Amerika unter Wilson in die Schranken getreten ist, die politische Befriedigung Europas gesichert hat. Ein solcher Rechenschaftsbericht des Völkerbundes, der wohl nie gehalten werden wird, müßte sich in erster Linie auf die Statistik stützen. Blickt man auf das Jahr 1914 zurück, so findet man, daß wegen Unterstellung „unerlöster Brüder" unter fremde Staatsautoritäten sechs europäische Nationen malkontent waren, nämlich Serben, Italiener, Rumänen, Griechen, Bulgaren und Franzosen; weiter hatten 13 Nationen, nämlich Esten, Slowenen, Letten, Kelten, Litauer, Slowaken, Kroaten, Finnen, Flamen, Iren, Tschechen, Polen und Ukrainer überhaupt keine staatliche Selbständigkeit. Die Bevölkerungsziffer der erwähnten Gruppe betrug 98, die der zweiten Gruppe 76 Millionen, zusammen also 174 Millionen, was bei einer europäischen Gesamtbevölkerung von rund 450 Millionen einen erheblichen Prozentsatz, sohin eine erhebliche Kriegsgefahr bedeutete.

Fragt man sich nun, ob durch die in den Friedensverträgen erfolgte Neuregelung diese Kriegsgefahr nach der nationalpolitischen Seite hin vermindert wurde, so muß man zunächst zugeben, daß verschiedene tatsächliche Befreiungsakte erfolgt sind. Polen, Tschechen, Jugoslaven haben ihre eigene Staatlichkeit erlangt; ebenso Finnen, Litauer, Letten und Esten; schließlich haben Rumänen und Italiener sich national vollkommen abgerundet. Dieser Abschwächung des nationalen Gefahrenmomentes steht nun zunächst einmal die an sich schon besorgniserregende Tatsache gegenüber, daß sich die Anzahl der europäischen Staaten von 26 auf 38 erhöht hat, vor allem aber der Umstand, daß heute viele, und zumeist neu entstandene Staaten, eine Nationalitätenmischung mit neuen innen- und außenpolitischen Explosivmomenten aufweisen. So wohnen in Polen fünf Millionen Ukrainer und zwei Millionen Deutsche, in Tschechien vier Millionen Deutsche und zwei Millionen Slowaken; in Jugoslawien machen die führenden Serben eine knappe Hälfte der Bevölkerung aus, Rumänien zählt nur 71 Prozent Rumänen, Italien, früher vollnational, heute nur 97 Prozent Italiener und Frankreich heute nur 90 Prozent Franzosen.

Ein weiteres Erschwerungsmoment für die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes bildet die Tatsache, daß, während 1914 nur Klein-Serbien und die Schweiz keine Meeresküste aufwiesen, heute außerdem noch die, gerade für internationale Handelsbeziehungen prädestinierten Mittelstaaten Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, zum Teile auch Polen, keinen direkten Zugang zum Meere haben, daß weitere für das heutige Sowjet-Rußland dieser Zugang noch komplizierter geworden ist als für das Rußland vor dem Kriege. Von Rußland abgesehen, sind heute nahezu 30 Millionen Europäer sozusagen in das Landgefängnis gesperrt.

Die Unerträglichkeit dieser Zustände wird noch verschärft durch eine Behandlung der nationalen Minderheiten, gegen welche die in der Vorkriegszeit ab und zu vorgekommenen Unregelmäßigkeiten gänzlich verschwinden müssen. Italien beispielsweise hat es beim Friedensschluß unter seiner Würde gefunden, internationale Bindungen hinsichtlich der Minderheiten-Behandlung einzugehen. Wie etwa Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien oder Serbien. Als Oesterreich gegen die Abtretung Deutsch-Südtirols protestierte, verwies die Entente in St. Germain auf die Absicht der italienischen Regierung, „gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in Bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftliche Interessen eine im weiten Maße liberale Politik zu befolgen." Heute gelten die Deutschen Südtirols als „Verunreiniger" Italiens, man will sie über den Brenner jagen, man unterdrückt deutsche Sprache und Schule im Amt, im öffentlichen Leben, ja sogar bei Predigten und Gottesdienst. Der Name „Südtirol" ist verboten. — In der Tschechoslowakei werden die vier Millionen Deutschen vom Staatsoberhaupt „Kolonisten und Einwanderer" genannt, die Verfassung kam ohne ihr Mitwirken zustande, die Wahlergebnisse wurden durch Garnisonverlegungen tschechischen Militärs gefälscht, tausende deutscher Schulklassen wurden aufgelassen. Diese beiden Beispiele mögen erkennen lassen, daß das nationalpolitische Gefahrenmoment heute ungleich schärfer ist als vor 10 Jahren.

Zum Schluß noch ein Ueberblick über die Zerrissenheit des deutschen Volkes, und die sich darin aussprechende Fälschung der nationalpolitischen Prinzipien, mit denen insbesondere Wilson die Mittelmächte in den Friedensschluß hineinmanövriert hat. Auf der Erde leben 90 Millionen Deutsche, hiervon 82 Millionen in Europa. Hiervon kommen etwa 4,7 Millionen für einen nationalpolitischen Zusammenschluß nicht in Betracht. Die restlichen 77,3 Millionen sind auf nicht weniger als 18 Staatsgebiete verstreut, nämlich: Das jetzige Deutsche Reich 61 500 000, Memelland 140 000, Tonderngebiet 40 000, Eupen und Malmedy 60 000, Elsaß-Lothringen ohne Metzgebiet 1 614 000, Deutschösterreich 6 530 000, Deutschsüdtirol 280 000, das Gebiet von Tarvis 6000, das Gebiet von Marburg 77 000, das Mießtal 20 000, Komitat Wieselburg 167 000, Deutschsüdmähren 300 000, Böhmerwaldgau 185 000, Deutschböhmen 2 230 000 Sudetenland, Hultschiner Ländchen, Tschechengebiet 950 000, jetziges polnisches Oberschlesien 980 000, Westposen, Netzedistrikt und Westpreußen 1 900 000, Danzig 325 000; zusammen 77 364 000.

Die heutige Lage Europas, nicht nur die europäische Landkarte, vielmehr der krisenhafte Zustand in den meisten Staaten, sind das schlagendste Moment gegen das Nationalitätenprinzip, das, für sich genommen, als staatenbildende Kraft völlig versagt hat. Die europäische Staatskunst wird wieder historischen, ethischen und auch wirtschaftlichen Momenten stärkere Beachtung schenken müssen. Das Europa von heute wird sich selbst „ad absurdum" führen. Ein rechtzeitiger Abbau der Friedensverträge wäre das einzige Mittel, diesen Uebergang zu erleichtern.

Und der Völkerbund?

Aegyptens Hilferuf

Paris, 26. November. Die ägyptische Kammer hat an die ausländischen Parlamente und an den Völkerbund einen Protest gegen das Vorgehen Großbritanniens gesandt. Der Völkerbund wird aufgefordert, einzugreifen.

In dem Protest heißt es u. a.: **Die von Großbritannien ergriffenen Maßnahmen tragen in keiner Weise der Verfassung Rechnung und ziehen das Wirtschaftsleben des Landes in schwere Mitleidenschaft. Die englischen Forderungen haben nichts mit dem Verbrechen zu tun.**

Zivar Paschas Programm

Paris, 26. November. Zivar Pascha hat nach der gestrigen Kabinettssitzung dem Vertreter des „Petit Parisien" in Kairo im Beisein sämtlicher Kabinettsmitglieder die nachstehende Erklärung abgegeben: Wir haben die Geschäfte in einem schwierigen Augenblick übernommen. Das Erbe Zaglul Paschas, des populärsten Mannes in Aegypten, ist für meine Kollegen und mich eine sehr drückende Bürde! Wir haben aber angesichts der ernsten Ereignisse, die sich seit der Ermordung des allgemein beliebten Sirdar und der Intervention Englands abspielten, unter Hintansetzung unserer Person es für unsere Pflicht gehalten, uns in den Dienst unseres geliebten Königs und des Vaterlandes zu stellen. Wir hoffen, daß wir mit Unterstützung der Nation und durch Zusammenarbeit mit König Fuad, der stets ein treuer Hüter der Verfassung war, Abhilfe schaffen und, wie erst heute früh Zaglul Pascha sagte, das retten können, was noch zu retten ist. Wir verfügen über die nötigen Gesetze und sind hinreichend ausgerüstet, um Ruhestörungen entgegenzutreten. Wir werden nicht die Popularität Zaglul Paschas erlangen, wir suchen sie aber auch nicht. Wir werden einfach unsere Pflicht tun, ohne uns um Kundgebungen zu bekümmern.

Paris, 26. November. Der „Temps" erfährt aus Kairo, daß der neue ägyptische Ministerpräsident Zivar Pascha für den Fall, daß er im Parlament kein Vertrauensvotum erhält, dem König die Vertagung und gegebenenfalls sogar die Auflösung der Kammer vorschlagen wird. Gestern abend verlautete in Kairo, daß die Regierung beschlossen habe, das Parlament während eines Monats in die Ferien zu schicken, um sich in aller Ruhe der Lösung des englisch-ägyptischen Konfliktes widmen zu können. Die Kabinettsmitglieder haben heute früh Zivar Pascha besucht und mit ihm eingehend die Lage besprochen. Der Ministerpräsident wird dem Parlament das Regierungsprogramm im Laufe des heutigen Abends unterbreiten.

Die Stellungnahme des Auslandes

London, 26. November. Nach wie vor verfolgt die englische Oeffentlichkeit die Stellungnahme des Auslandes zum ägyptischen Konflikt mit Großbritannien. Die Möglichkeit einer Prüfung des Verhältnisses mit Frankreich, die angesichts der Haltung der französischen Blätter nicht ausgeschlossen schien, scheint beseitigt zu sein. Dagegen berichten die Blätter aus Konstantinopel von einer sehr feindseligen Haltung der türkischen Presse. Sie wirft England vor, daß es das gegenwärtige Regime durch die frühere Sklaverei zu ersetzen wünscht.

China an die Westmächte

Paris, 26. November. Die chinesische Gesandtschaft veröffentlicht nachstehende Botschaft des Marschalls Tuan-Chiyu, die an die Westmächte gerichtet ist: Das chinesische Volk hat, nachdem es sich darüber Rechenschaft ablegte, daß Präsident Tsao-Kun und Marschall Wupeifu durch ihre Militärpolitik das Land dem Elend entgegenführen, durch Telegramme und Bittschriften mich ersucht, wenn auch nur vorübergehend die Geschäfte zur Wiederherstellung der Ordnung zu übernehmen. Im Einverständnis mit Tschangtsolin und Dr. Sunjatsen sowie General Feng beabsichtigen wir, eine Reform durchzuführen, die in erster Linie auf Absetzung der Militärgouverneure, Verringerung der Truppenbestände und völlige Abrüstung der Soldaten abzielt. In finanzieller Hinsicht gedenken wir, die Tilgung der in- und ausländischen Schulden fortzusetzen. Hinsichtlich unserer Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden wir die abgeschlossenen Verträge achten.

Eisenbahnattentate in Indien

Kalkutta, 26. November. In den letzten drei Wochen sind 5 Attentate gegen Züge der ostbengalischen Eisenbahn unternommen worden.

Borgen verdirbt die Freundschaft

Das Problem der interalliierten Schulden

London, 26. November. „Daily Telegraph" meldet aus Neuyork: Schatzsekretär Mellon, der Vorsitzende der Kriegsschuldenkommission, gab gestern zu, es werde erwartet, daß Frankreich binnen kurzem einen Schritt zur Fundierung seiner Schulden an Amerika im Betrage von 800 Millionen Pfund Sterling tun werde. Präsident Coolidge und Staatssekretär Hughes seien angenehm davon berührt, daß die französische Aktion wahrscheinlich vor dem 1. Februar erfolgen werde, an dem das Mandat der Kommission erlöschen würde und die Frage einer Verlängerung erwogen werden müsse. Es verlautet, daß das Ministerium Herriot eine Regelung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten unter Bedingungen vorschlagen werde, die denen der britischen Regelung gleichen. Der Berichterstatter schließt: Wenn Frankreich, Italien und Belgien keine Vorschläge zur Fundierung ihrer Schulden machen würden, so würde es nach Eröffnung des Kongresses eine scharfe Kritik geben.

Die Begnadigung von Nathusius'

Paris, 26. November. Die Begnadigung des Generals von Nathusius ist gestern im Laufe einer Besprechung zwischen Herriot, Nollet und dem Präsidenten der Republik beschlossen worden.

Paris, 26. November. „Ere Nouvelle" schreibt zu dem Vollzug der Begnadigung des Generals von Nathusius: „Wir stellen mit Vergnügen fest, daß der Ministerpräsident unserem Rufe Gehör geschenkt hat und General von Nathusius begnadigte. Wir beglückwünschen ihn dazu, daß er diese Begnadigung vollzog. Besonders aber wissen wir dem Präsidenten der Republik Dank dafür, daß er durch seine hohe Autorität einer Sache gedient hat, die gleichzeitig Sache der Menschheit war.

Berlin, 26. November. Der „Vorwärts" meldet aus Paris, daß es vor der Veröffentlichung der Begnadigung des Generals von Nathusius der Zurückziehung des von ihm gegen das Urteil des Lille Kriegsgerichts gestellten Antrages auf Einleitung des Kassationsverfahrens bedürfe. Da eine Begnadigung gesetzlich nicht möglich sei, solange ein Verfahren nicht abgeschlossen sei. Die Zurückziehung des Antrages sei mit Zustimmung des Generals erfolgt. **Seine Freilassung dürfte heute bevorstehen. Wie das Blatt weiter dazu bemerkt, stehe es beim General Nathusius, die Wiederaufnahme des Verfahrens und seinen Freispruch vor den französischen Gerichten zu erkämpfen.**

Vertrauensvotum für Herriot

Paris 26. November. In der gestrigen Kammerdebatte stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Es wurde ihr mit 313 gegen 196 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Cachin beteiligte sich an der Debatte und nahm für die Kommunisten das Recht in Anspruch, öffentliche Kundgebungen zu veranstalten.

Schiedsspruch im Bergbau

Essen, 26. November. Wie schon gemeldet, konnte in den heutigen Lohnverhandlungen des Bergbaues eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden. Es wurde darauf eine Schlichterkammer gebildet, die folgenden Schiedsspruch fällte: 1. Der Tarifschichtlohn des Reparaturhauers wird vom 1. Dezember 1924 an auf 6,10 Mark erhöht. 2. Die übrigen Löhne der Lohnordnung verändern sich entsprechend. Im übrigen bleibt die Lohnordnung unverändert. Erklärungsfrist bis zum 29. November 1924. Dieser Spruch bedeutet eine Lohnerhöhung um 8,9 Prozent.